
FDP Rosbach

PRIVATES KAPITAL FÜR „ALTES RATHAUS“ GEWINNEN – FDP FORDERT ENDLICH INITIATIVE DER STADT

26.07.2023

Das Ober-Rosbacher „Alte Rathaus“ ist ein imposanter Bau. Mit seinem großen Volumen und seiner bestimmenden Wirkung für den Marktplatz und Ortsmittelpunkt ist es aus dem Ortsbild nicht wegzudenken. Doch auch die Aufnahme in die Liste der hessischen Kulturdenkmäler konnte nicht verhindern, dass sich aufgrund von Untätigkeit der Zustand seit Jahren verschlechtert hat. Nachdem das Gebäude bereits seit einiger Zeit wegen Einsturzgefahr gesperrt ist, erwartet die FDP endlich entschlossene städtische Initiativen.

Ursprünglich war für das Sanieren eine Summe von 2,4 Millionen veranschlagt. Aufgrund der Schwere der festgestellten Schäden ist diese Summe nach aktueller Schätzung schon auf ca.4 Millionen € gestiegen. Doch dies werde wohl nicht das Ende des Kostenanstiegs sein. Jüngste Daten zu Inflation und Baupreientwicklung wiesen auf deutlich negative Entwicklungen hin und der Bauzustand werde immer schlechter.

Nach Meinung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Jacobi ist daher klar: „Es muss auf jeden Fall versucht werden, in die Sanierung privates Kapital einzubeziehen. Dies hat einen entscheidenden Vorteil: Anders als die Stadt selbst kann ein privater Investor bei einer Sanierung massive Steuervorteile im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz nutzen.“ Dazu Hans-Otto Jacobi: „Bei einem Sanierungsvolumen von 4 Millionen erhält ein Investor Steuerersparnisse in Höhe von bis zu mehr als 1,6 Millionen €.“ Durch entsprechende vertragliche Gestaltungen könne die Stadt zudem das „Alte Rathaus“ weiterhin besitzen und uneingeschränkt über das Nutzen des Gebäudes entscheiden.

Skeptisch sieht die FDP neuere Überlegungen, das „Alte Rathaus“ abzureißen und in einem dort zu errichtenden Neubau nachzuempfinden. „Denkmalschutz muss immer

darauf ausgerichtet sein, Baudenkmäler an ihrem historischen Ort zu erhalten“, meint der Rosbacher FDP-Vorsitzende Jörg Werner und ergänzt: „Erhaltung meint sicher nicht den Ersatz durch geschichtsvergessene Fake-Bauten.“ Eine erforderliche Genehmigung des Denkmalschutzes für ein solches Ansinnen ist nach Einschätzung der FDP ohnehin eher unwahrscheinlich. Auch unter finanziellem Aspekt bleibe fraglich, welcher Vorteil sich bei einem Abriss mit Vernichtung historischer Bausubstanz und dem anschließenden Neubau gegenüber einem mit Privatmitteln restaurierten Gebäude ergibt. Dieses könne von der Stadt ohne Millioneninvestition zurück gemietet werden. Ein künstliches und unwirkliches „Disneyland-Rathaus“ werde nie annähernd den Charme einmaliger historischer Substanz ausstrahlen können, sind sich die Liberalen einig. Letztlich gebe es die Möglichkeit der steuerlichen Förderung von Denkmalschutz aus genau dem Grund, wesentliche historische Bausubstanz dauerhaft zu erhalten.

Verantwortlich: Hans-Otto Jacobi, FDP-Fraktionsvorsitzender. Das Bild zeigt den Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Jacobi, die Stadtverordnete Elke Sommermeyer und den Ortsvorsitzenden Jörg Werner (von links nach rechts)